

Niederschrift
27. Sitzung des X. Beirates für Menschen mit Behinderung
der Landeshauptstadt Kiel

Sitzungstermin: Freitag, 08.10.2021
Sitzungsbeginn: 15:02 Uhr
Sitzungsende: 17:23 Uhr
Raum, Ort: Ratssaal, Rathaus Fleethörn 9, 24103 Kiel

Teilnehmende:

Vorsitz

Michael Völker

Anwesende stimmberechtigte

Beiratsmitglieder

Jan Wohlfarth (ab 15:40 Uhr)
Hinnerk Kändler
Sonja Thielsen
Dr. Rüdiger Hannig
Anna-Lena Walczak (bis 16:36 Uhr)
Dagmar Link
Silke Haß
Cornelia Hörsting
Christina A. Benker
Hardy Bickel
Maren Nitschke-Frank
Stefan Jöns (bis 17:00 Uhr)
Annika Stoeckicht
Dr. Jürgen Trinkus
Tania Apenburg
Hans-Jürgen Albien

Abwesend

Tim Kähler
Manfred Bornhöft
Angela Baasch
Henning Nawotki
Jeanette Kollien
Eike Reimers
Bettina Wagner
Sonja Steinbach
Gerd Schwertfeger
Thomas Bartels
Janine Kolbig
Matthias Treu
Peter Bergien
Bianca Kronschnabel
Robert Schmidt
Hans-Peter Worringen
Burkhard Ziebell
Winfried Reiske
Doris Michaelis-Pieper

Florian Fiegl
Kay Macquarrie
Gert Uecker
Andrea Wiese

Gäste

Volker Berg
Waltraut Siebke
Astrid Albien
Andrea Kehler

Verwaltung

Kerstin Graupner
Christina Ihle
Elisabeth Trauthig

Geschäftsführerin

i.V. Nina Wilbert

Protokoll

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Michael Völker, begrüßt alle anwesenden Beiratsmitglieder und Gäste.

Für fünf an der Sitzung nicht teilnehmende Mitglieder aus den Selbsthilfeorganisationen und Vereinen mit Sitz im Gebiet der Landeshauptstadt Kiel werden Stefan Jöns und Tania Apenburg im Rahmen des Rotationsprinzips als stimmberechtigt einberufen. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

zu 2 Verpflichtung der Beiratsmitglieder durch den Vorsitzenden

Die zu verpflichtenden Mitglieder sind nicht anwesend.

zu 3 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

zu 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 10.09.2021

Die Niederschrift liegt den Beiratsmitgliedern noch nicht vor und wird nachgereicht.

zu 5 Einwohner*innen fragen und regen an

Volker Berg berichtet, dass er im Friederica-von-Ellendsheim-Haus in Kiel-Hassee lebt. Der Kantstein vor dem barrierefreien Zugang sei für Rollstühle und Gehwagen schwer zu überbrücken. Er regt an, den Kantstein abzuflachen. Zudem sei der Eingang schwer einsehbar und werde immer wieder von Autos zugeparkt. Hierfür schlägt er ein Halteverbot vor. Die Einrichtungsleiterin Brigitte Greiner

habe sich bereits an die Stadt gewendet, aber noch keine Antwort erhalten. Volker Berg händigt dem Beirat eine schriftliche Darstellung sowie Fotos der Problematik aus (siehe Anlage).

Der Vorsitzende, Michael Völker, nimmt das Schriftstück entgegen und bietet an, das Anliegen an das Tiefbauamt weiterzuleiten. Über den Fortgang soll die Einrichtungsleiterin Brigitte Greiner informiert werden.

Silke Haß schlägt vor, dieses Anliegen auf die Prioritätenliste zu setzen.

Christina Benker erläutert, dass an einer Baustelle in der Rendsburger Landstraße der Geh- und Radweg eingengt und ein Tunnelgerüst für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen errichtet wurde. Fahrradfahrer*innen würden dort nicht absteigen und sehr schnell vorbeifahren. Da sie die Klingel nicht hören kann, habe sie bereits blaue Flecken erlitten. Sie schlägt vor, dass an solchen Stellen Schilder angebracht werden, die Radfahrer*innen zum Absteigen auffordern. Darüber hinaus spricht sie sich dafür aus, gemeinsam mit dem Beirat mehr Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema zu machen. Wichtig sei es Aufmerksamkeit zu schaffen und Menschen dafür zu sensibilisieren, dass beispielsweise gehörlose Personen die Fahrradklingeln nicht hören können.

Sonja Thielsen berichtet von einer ähnlichen Problematik im Wulfsbrook, an der eine Stelle aufgrund einer hohen Hecke schwer einsehbar ist.

Anna-Lena Walczak betont, dass der Verkehr immer wieder ein großes Thema im Beirat ist und schlägt daher eine Schwerpunktsitzung vor. Michael Völker weist darauf hin, dass die Geschäftsführung darum bemüht ist, den Radverkehrsbeauftragten Uwe Redecker zu der Beiratssitzung im Februar einzuladen. Auch die Polizei sowie das Ordnungsamt sollen angefragt werden. Christina Benker ergänzt, dass auch jemand eingeladen werden sollte, der*die für die Sprottenflotte verantwortlich ist. Michael Völker erklärt, dass das bisher noch nicht geplant ist. Es sei zu klären, ob diese Person für die Dezembersitzung eingeladen werden kann, wenn das so kurzfristig möglich ist. Dr. Jürgen Trinkus betont, dass auch der*die Verhandlungsführer*in für die E-Scooter eingeladen werden sollte.

zu 6 Berichte aus den Arbeitsgruppen und Projektgruppen

Silke Haß berichtet, dass die AG Gebäude und Wohnen am 13.10.2021 um 16.00 Uhr im Ratsherrenzimmer im Alten Rathaus tagt. Dabei soll es um die Baumaßnahmen des Städtischen Krankenhauses gehen. Sie wirbt dafür, dass möglichst viele Beiratsmitglieder an der Sitzung teilnehmen, um ihre Interessen zu vertreten. Silke Haß weist darauf hin, dass der Beirat bzgl. der Baumaßnahme vorab hätte beteiligt werden müssen.

Maren Nitschke-Frank erläutert, dass sich die Projektgruppe Rolle der Landeshauptstadt Kiel im Dritten Reich lange nicht getroffen hat, sich aber zeitnah zusammensetzen will.

Michael Völker berichtet von der letzten Sitzung der AG Mobilität und Veranstaltungen (AG Barrierefreiheit). Es waren Gäste vom Grünflächenamt anwesend, um vom Stadtgartenweg zu berichten.

Der Stadtgartenweg ist ein ca. 45 km langer Wanderweg, der fast durchgängig auf vorhandenen Wegen durch den Grüngürtel sowie die Kleingärten Kiels verläuft und die bereits bestehenden Wege zusammenführen soll. Die Arbeitsgruppe hat den Gästen verschiedene Ideen mit auf dem Weg gegeben, beispielsweise zu Sitzbänken, barrierefreien Toiletten sowie zu Hinweisschildern für Gastronomie. Sobald der Entwurf abgeschlossen ist, wird das Projekt erneut vorgestellt.

Die Arbeitsgruppe tagt das nächste Mal am Freitag, den 22.10.21 um 15:00 Uhr im Max-Planck-Zimmer. Thema wird die Prioritätenliste sein. Der Vorsitzende regt an, dass sich möglichst viele Beiratsmitglieder an dieser Sitzung beteiligen. Er

betont, dass im Beirat keine Aussprache über die Prioritätenliste stattfinden wird, sondern lediglich darüber abgestimmt werden soll, ob den Empfehlungen der Arbeitsgruppe gefolgt wird. Silke Haß möchte unter anderem folgende Themen in der Sitzung besprechen: Belag Holstenstraße, Ortstermin Bordsteinhöhen an Bushaltestellen, E-Busse, Veloroute, Hörnbebauung.

Tania Apenburg weist darauf hin, dass die Einladungen zu den Arbeitsgruppen rechtzeitig erfolgen sollten. Zudem bringt sie die Idee ein, gemeinsam mit dem Beirat ein Projekt zur Auslobung barrierefreier Orte zu entwickeln.

- Pause -

zu 7 **Gespräch mit Pressesprecherin Kerstin Graupner**

Kerstin Graupner, Pressesprecherin der Landeshauptstadt Kiel, stellt sich und das Pressereferat vor. Dazu gehören die Pressearbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Bürger*innenbeteiligung.

Kerstin Graupner betont, dass beim Thema Barrierefreiheit noch viel zu tun ist. Gleichzeitig hebt sie hervor, dass der Landeshauptstadt Kiel 25.000 € für Gebärdensprachdolmetscher*innen zur Verfügung stehen. Sie bittet den Beirat um eine Einschätzung, bei welchen Gremien und Inhalten auf www.kiel.de der Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher*innen erforderlich ist.

Stefan Jöns betont, dass grundsätzlich alle Inhalte für alle Menschen zugänglich sein sollten.

Kerstin Graupner berichtet, dass die Inhalte von www.kiel.de sukzessiv barrierefrei angepasst werden. Bisher seien bereits 50 Seiten in Leichte Sprache übersetzt worden. Seit einem Jahr werden alle neuen Inhalte barrierefrei eingestellt. Sie betont, dass jedoch nicht alle Inhalte auf der Internetseite in Videos übersetzt werden können. Daher bittet sie den Beirat, eine Priorisierung vorzunehmen.

Christina Benker hebt hervor, dass insbesondere wichtige Ansprechpersonen und Stellen, bei denen etwas beantragt werden kann, barrierefrei zugänglich sein sollten. Es sei wichtig zu wissen, welches Amt für was zuständig ist und welche Aufgaben beispielsweise der Oberbürgermeister übernimmt. Sie bedauert, dass während der Corona-Pandemie Pressekonferenzen ohne Dolmetscher*innen und ohne Untertitel abgehalten worden sind. In diesem Zusammenhang betont sie, dass automatisch generierte Untertitel häufig zu schnell ablaufen.

Anna-Lena Walczak bekräftigt ihre Vorrednerin darin, dass grundsätzliche Informationen beispielsweise zu Kfz-Zulassung oder der Beantragung eines Personalausweises besonders wichtig sind, um gleiche Möglichkeiten für alle Menschen zu schaffen. Sie wünscht sich zudem eine Seite, auf der alle Informationen dazu zusammengeführt werden, was die Stadt im Zusammenhang mit Barrierefreiheit bereits umsetzt. Als Beispiel führt sie den Strandrollstuhl an, der nicht beworben und daher auch kaum genutzt wird. Diese Möglichkeiten sollten zudem auf Social Media beworben werden, damit auch Touristen davon erfahren und diesen nutzen können. Auch die Option, Gebärdensprachdolmetscher*innen für die Ratsversammlung oder Ortsbeiräte zu beantragen, sollte stärker öffentlich gemacht werden, um Menschen darauf aufmerksam zu machen und darin zu bestärken, diese in Anspruch zu nehmen.

Hinnerk Kändler schlägt vor, in einer Arbeitsgruppe eine Prioritätenliste zu erarbeiten, die dann im Beirat besprochen werden kann.

Dr. Jürgen Trinkus beschreibt, dass es für Menschen mit Behinderungen eine Art Bedienungsanleitung für die Stadt braucht, in der alle wesentlichen Informationen zu Ansprechpersonen zu finden sind. Diese sollten von den jeweiligen Communities erarbeitet werden.

Sonja Thielsen hebt hervor, dass grundsätzlich alles barrierefrei sein sollte. Dafür sollten Expert*innen in eigener Sache befragt werden. Bei der Bereitstellung von Videos sollte auch auf die Übersetzung in Leichte Sprache gedacht werden. Kerstin Graupner betont, dass grundsätzlich allen Menschen alle Informationen zur Verfügung stehen sollten. Aktuell wird daran gearbeitet, die EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen umzusetzen, die seit 2020 in Kraft ist. Dazu fand ein Treffen aller Pressesprecher*innen im Städtebund statt. In den meisten Städten sind die Internetseiten noch nicht barrierefrei. Problematisch war zunächst auch die Zusammenarbeit mit den Agenturen gewesen, da diese die Richtlinie beispielsweise bei der Erstellung von PDF-Dokumenten zunächst noch nicht berücksichtigt haben. Ein Beispiel einer barrierefreien Internetseite ist www.hamburg.de. Dort gibt es jeweils einen Button für Gebärdensprache und Leichte Sprache. Ziel ist es, www.kiel.de als barrierefreie Seite zertifizieren zu lassen. Ein Beispiel dafür ist www.leipzig.de. Die Landeshauptstadt Kiel ist zudem aktuell bei Instagram, Facebook, Twitter, LinkedIn und Xing aktiv. Der YouTube-Kanal befindet sich noch im Aufbau. Derzeit werden alle Videos mit Hilfe einer Software Untertitelt. Zum Thema Onlinezugangsgesetz ist Jonas Dageförde Ansprechperson.

Dr. Rüdiger Hannig bringt ein, dass mit Microsoft barrierefreie PDF-Dateien erstellt werden können. Zudem benennt er die Idee, mit Hilfe eines Avatars in Gebärdensprache übersetzen zu lassen. Er schlägt vor, dass der Gehörlosen-Verband dazu etwas beitragen könnte. Dr. Rüdiger Hannig stellt die Frage, was der Beirat tun kann, um mit seinen Thematiken von den Kieler Nachrichten in der Berichterstattung berücksichtigt zu werden.

Kerstin Graupner hebt hervor, dass sie aufgrund der Pressefreiheit keinen Einfluss darauf hat, was in den Kieler Nachrichten erscheint. Sie berichtet von der Idee, gemeinsam mit Dr. Jürgen Trinkus einen hörbaren Stadtpaziergang zu entwickeln. Dazu sollen Aufnahmen aus alten Tonarchiven genutzt werden. Ziel ist es, dass die Presse darüber berichtet. Sie schlägt vor, sich gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe des Beirates zusammenzusetzen und sich dazu Gedanken zu machen, wie die Presse auch für andere Themen und Projekte des Beirates gewonnen werden kann. Zudem erläutert sie, dass das Führen eines Blogs eine Möglichkeit sein könnte, in die Presse zu kommen, da Storytelling aktuell beliebt ist. Darin könne der Beirat über alles berichten, was ihn ärgert oder freut, um ein möglichst rundes Gesamtbild zu erzeugen.

Dr. Rüdiger Hannig schlägt vor, dass auch Protokollauszüge von Beiratssitzungen an die Presse gegeben werden könnten. Kerstin Graupner wird darüber nachdenken.

Anna-Lena Walczak betont, dass auch die Übersetzung in Leichte Sprache Geld und Zeit kostet. Dabei könne es passieren, dass Pressemeldungen nach der Übersetzung schon nicht mehr aktuell sind. Sie regt an, dass das Pressereferat der Landeshauptstadt Kiel personell besser ausgestattet wird, damit Übersetzungen in Leichte Sprache oder sogar auch in Gebärdensprache durch Mitarbeiter*innen der Stadt erfolgen können.

Sonja Thielsen macht auf die Bedeutung barrierefreie Kommunikation für Menschen mit psychischen Erkrankungen aufmerksam. Worte und Sätze, die triggern, sollten vermieden werden. Sie stellt die Frage, wie die Mitarbeitenden der Verwaltung dafür sensibilisiert werden können.

Kerstin Graupner schlägt vor, die Kieler Melde.Möwe weiter auszubauen, damit darüber gemeldet werden kann, wenn irgendwo die Barrierefreiheit nicht gewährleistet ist. Ansprechpartner dafür wäre Jonas Dageförde. Christina Benker betont, dass die Melde.Möwe durch das Absenden von Fotos eine niedrighschwellige Möglichkeit bieten würde.

Kerstin Graupner erklärt, dass die Beiratsmitglieder gerne bei Problemen auf sie zukommen können.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Kerstin Graupner für den Austausch und betont, dass die AG Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung gerne für ein gemeinsames Treffen wieder auf sie zukommen wird.

zu 8 Beschlüsse und Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

zu 9 Bericht des Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Michael Völker, nimmt Bezug auf die E-Mail von der Straßenverkehrsbehörde bezüglich der Verlegung von Behindertenparkplätzen. Er betont, dass die Beantwortung der Frage sehr lange gedauert hat.

Michael Völker geht auf die E-Mail von Philip Pieper ein, in der drei Bitten von der Projektgruppe Leitbild für örtliche Teilhabeplanung an den Beirat gestellt wurden. Er bittet die Beiratsmitglieder darum, zu diesen Themen Stellung zu nehmen und diese dem Vorstand schriftlich oder telefonisch zukommen zu lassen. In der nächsten Beiratssitzung soll darüber diskutiert werden.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung.

An die Verwaltung wird herangetragen, dass die Schranken geschlossen gewesen seien und sich dadurch die Parkplatzsituation beim Alten Rathaus verändert habe.

zu 11 Berichte aus den Ausschüssen und anderen Beiräten

Sonja Thielsen berichtet von der Ratsversammlung und dem Antrag zur Umsetzung eines Konzeptes zur Herstellung der Barrierefreiheit der Bushaltestellen für sehbehinderte Menschen (Drucksache 0787/2021) von der FDP-Ratsfraktion sowie der SSW-Ratsfraktion. Sie stellt in Frage, warum die Fraktionen in dieser Sache nicht zuerst mit dem Beirat als Interessenvertretung gesprochen haben. Hinnerk Kändler beschreibt, dass vorgesehen ist, eine Stellungnahme des Beirates zu erbitten und Dr. Jürgen Trinkus als Experten einzuladen. Dr. Jürgen Trinkus macht darauf aufmerksam, dass der Antrag nicht aus der Expertise der Betroffenen entwickelt wurde. Dr. Rüdiger Hannig betont, dass der Prozess von politischer Seite angestoßen werden sollte.

Michael Völker stellt heraus, dass Themen, die Menschen mit Behinderung betreffen, nicht automatisch in den Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit (ASWG) gehören. Jan Wohlfarth macht deutlich, dass es sich hierbei um ein Querschnittsthema und strukturelles Problem handelt, weshalb sowohl der ASWG als auch der Wirtschaftsausschuss beiliegend werden sollte.

Maren Nitschke-Frank berichtet vom Runden Tisch Barrierefreiheit SH. Zu den Themen zählten der Landesaktionsplan, der im Januar 2022 veröffentlicht werden soll, das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz, die Landesbauordnung, das Landesbehindertengleichstellungsgesetz, der barrierefreie ÖPNV sowie die Hotel-Be-

bauung Kiel. Sie macht darauf aufmerksam, dass am 03.12.2021, dem internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen, eine Demo vor dem Landeshaus geplant ist. Es soll dafür demonstriert werden, dass die kommunalen Beauftragten und Beiräte für Menschen mit Behinderungen die gleichen Rechte erhalten wie Gleichstellungsbeauftragte.

Hinnerk Kändler berichtet vom Bauausschuss. Die Themen zum Kieler Süden und Germaniahafen werden an die AG Gebäude und Wohnen weitergeleitet. Der Antrag (Drucksache 0720/2021) bezüglich der Übergänge in der Pickertstraße, Bothwellstraße und Ernestinenstraße in Kiel-Gaarden ist insofern verändert worden, dass die Übergänge nicht barrierefrei, sondern rollstuhlgerecht gestaltet werden sollen. Damit werden keine taktilen Bodenindikatoren angebracht. Er betont, dass sich dafür eingesetzt werden sollte, diese zukünftig noch anbringen zu lassen. Der Antrag des Ortsbeirats Schreventeich/Hasseldieksdamm auf teilweise Verlegung der Fahrradspur auf die Eckernförder Straße (Drucksache 0763/2021) wurde zurückgestellt. Hinnerk Kändler hebt hervor, dass der Beirat langfristig an der Thematik dranbleiben sollte.

Tania Apenburg berichtet über die Feier zum 40-jährigen Jubiläum des Referats für Migration. Das Forum für Migrantinnen und Migranten werde zudem einen neuen Vorstand und eine*n neue*n Vorsitzende*n wählen.

Silke Haß berichtet von der Kieler Pflegekonferenz. Ein Thema war die Parkplatzproblematik sowie erweiterte Parkberechtigungen für ambulante Pflegedienste und Hebammen (Drucksache 0671/2020). Sie bringt die Idee ein, dieses Thema auch in der Februarsitzung, passend zum Thema Verkehr, mit anzusprechen und sich in der AG Mobilität und Veranstaltungen damit zu befassen. Michael Völker wird das Thema in die AG Mobilität und Veranstaltungen mitnehmen. Jan Wohlfarth möchte sich nach dem Sachstand zu den erweiterten Parkberechtigungen erkundigen. Dr. Rüdiger Hannig betont, dass sich viele ambulante Pflegedienste bereits so ausgerichtet haben, dass sie ihre Patient*innen fußläufig erreichen können. Zudem müsse man die Verkehrsstruktur der Stadt Kiel verändern, da die Verdrängung des Individualverkehrs zu Problemen führe. Als Beispiel nennt er das Konzept der 15-Minuten-Stadt. Silke Haß macht deutlich, dass eine ortsbezogene Ausrichtung ambulanter Pflegedienste dem Wunsch und Wahlrecht der Pflegebedürftigen widerspricht und ihnen die Möglichkeit nimmt, bei Unzufriedenheit einen anderen Dienst zu wählen.

zu 12 Verschiedenes

Dr. Jürgen Trinkus weist auf den heutigen 60. Geburtstag von Tania Apenburg hin. Die Beiratsmitglieder gratulieren in Form eines Geburtstagsständchens.

Dr. Rüdiger Hannig berichtet von der Woche der Seelischen Gesundheit, die vom 08. bis 18.10.2021 stattfindet. Der 10.10.2021 ist zudem der Welttag für psychische Gesundheit.

Er erkundigt sich, wie die Barrierefreiheit in den Wahllokalen gewährleistet wurde. Michael Völker gibt an, dass keine Beschwerden dazu bei ihm eingegangen sind.

zu 13 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende, Michael Völker, schließt die Sitzung des Beirates um 17:23 Uhr.

Michael Völker
Vorsitz

Nina Wilbert
Geschäftsführung i. V.